

Nach Olmert, vor Livni und Obama sowie das palästinensische Dilemma

von Reiner Bernstein*

Die internationale Öffentlichkeit erlebte in den vergangenen Monaten einen rhetorischen Drahtseilakt Ehud Olmerts: Niemand müsse ihn länger davon überzeugen, lautete die Botschaft, dass der Staat Israel „erledigt“ sei, wenn er auf der territorialen Souveränität zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan beharre. Zweifelten Beobachter und Kommentatoren nach der Annapolis-Konferenz im November 2007 daran, ob Olmerts Bekenntnisse zum Frieden mit den palästinensischen Nachbarn ernst gemeint seien, so schienen sie nun einen Ministerpräsidenten zu erleben, für den die Doktrin der militärisch-strategischen Sicherheit Israels vorrangig von verlässlichen Verträgen abhängt, zu denen Regelungen für Jerusalem und das Flüchtlingsproblem gehören würden.

Wieder einmal erwies es sich als Tragik, dass Olmerts Selbstkritik am von ihm jahrzehntelang geförderten radikalen Nationalismus in eine Zeit fiel, zu der er politisch kaum mehr handlungsfähig war. „Olmerts verspätete Wahrheiten“, titelte die „New York Times“: Es sei tragisch, dass er nicht mehr für seine Überzeugungen getan habe, solange er dazu die Macht hatte, wo er nicht einmal taktische Schritte unternommen habe, um das Leben der Palästinenser zu verbessern¹. Einer der führenden palästinensischen Kommentatoren merkte an, dass der Ministerpräsident durch eine einzigartige Fähigkeit hervorgetreten sei, eine friedvolle und positive Rhetorik mit feindlichem und aggressiven Aktionismus gegenüber den Palästinensern und den Arabern im allgemeinen zu kombinieren². So nutzte er die Gedenkrede zur 13. Wiederkehr der Ermordung Yitzhak

* Abgeschlossen am 24.09.2008 mit Fortschreibungen. Vgl. auch meinen Beitrag „Ein Jahr nach Annapolis“, der auf der Grundlage meiner Beteiligung an der internationalen Konferenz in Jerusalem und Abu Dis am 26./27.11.2008 geschrieben wurde, in der Menüleiste „Berichte aus Israel und Palästina“ dieser Homepage.

Rabins, um seine jüngsten Überzeugungen zu begründen. Die Stunde der Wahrheit sei gekommen³. Der Sturm der Entrüstung auf der politischen Rechten folgte prompt. Dass ihm nach einer Umfrage zwei Drittel der Israelis das Verhandlungsmandat mit den Palästinensern und mit Syrien absprachen⁴, wollte wenig besagen. Für die türkisch vermittelten Gespräche hatte ihm die israelische Generalstaatsanwaltschaft gegen die Proteste der Rechtsopposition das politische Mandat erteilt⁵. Seine Regierung verfüge, folgerte Olmert, demnach über jede Befugnis, sich mit den anstehenden Problemen der Innen- und Außenpolitik zu befassen⁶.

Der Regierungschef war es auch, der in seinem Abschiedsinterview zum Jahreswechsel 5768-5769 in „Yediot Acharonot“⁷ ein seit langem schwelendes Problem thematisierte, das seinen Angriff gegen das bislang unumstößliche Sicherheitsdogma kennzeichnete: Die Generäle im trauten Verbund mit der Ministerialbürokratie und der harten Siedlerszene haben den Primat der Politik in einem Ausmaß unterwandert, der unliebsame Entscheidungen der Regierung nicht nur neutralisiert, sondern sie außer Kraft setzt⁸. Dazu zeigte Mitte September 2008 das Tel Aviver Büro der „Genfer Initiative“ bei einer Konferenz den Dokumentarfilm „A Million Bullets in October“, in dem der Autor Moish Goldberg den Nachweis erbrachte, dass das Militär vor und während der ersten Wochen der zweiten „Intifada“ die Vorgaben des Kabinetts missachtete und ihre Handlungsfähigkeit schwer beeinträchtigte. Das Militär nutze Freiräume, so lautete das Fazit, welche die kurzatmige Politik ihm eröffne. Diese habe auch 2005 im Libanon über kein eigenes Konzept für den asymmetrischen Kampf mit der „Hisbollah“ verfügt.

„Ein Netzwerk der ‚alten Jungs‘ aus ehemaligen Generälen“ – zu nennen ist hier die erste Garnitur aus Yigal Allon, Ehud Barak, Moshe Dayan, Rafael („Rafal“) Eitan, David („Dudu“) Elazar, Dan Halutz, Chaim Herzog, Shaul Mofaz, Yitzhak Rabin, Ariel Sharon, Ezer Weizman, Moshe („Bogey“) Yaalon und Rechavam („Gandhi“)

Zeevi – hat sich nach den Worten des mittlerweile an der University of California lehrenden Politologen Zeev Maoz „mit gemeinsamen politischen und militärischen Überzeugungen jenseits des Links-Rechts-Kontinuums in der israelischen Elite herausgebildet.“ Die von ihnen eingebrachte strategische Planungsautorität und ihr diszipliniertes Vorgehen würden keine Gegengewichte von Bedeutung auf den Fluren der Regierung vorfinden⁹.

Untersuchungen gegen Soldaten, denen schwere Verfehlungen vorgehalten werden, werden vom Militär geleitet und enden gewöhnlich ergebnislos oder mit unangemessenen Strafen selbst in Fällen, bei denen Palästinenser den Tod finden.

Die Belege für die Thesen von Maoz und des genannten Films sind überwältigend und eindringlich: Während Livni mit Achmed Qureia („Abu Ala“) verhandelte, wurde rund um Jerusalem und in der Westbank die Siedlungsstruktur ausgebaut: generell „ein Fehler von strategisch riesigen Ausmaßen“, wie kritisiert worden ist¹⁰. Die Befürchtung, dass Israel aufgrund seiner inneren Widersprüche ohne Zutun der Palästinenser implodiert¹¹, ist durchaus gerechtfertigt. Dass die israelische Justiz in den palästinensischen Gebieten, wenn es um die Verfolgung von Straftaten der Siedler und israelischer Soldaten geht, ihre Funktionsfähigkeit weitgehend eingebüßt hat, ist von Generalstaatsanwalt Menachem Mazouz schon 2006 beklagt worden¹². Mittlerweile macht die Gewalttätigkeit extremistischer Siedler, die sich auf die göttliche Landverheißung zur Vertreibung der Palästinenser berufen, auch vor Attacken gegen israelische Soldaten nicht halt¹³, so dass eine Desintegration der Armee behauptet worden ist, weil sie aufgrund der vielen Angehörigen, die der Siedlerszene ideologisch und praktisch nahestehen, in der Westbank die Kontrolle verloren habe¹⁴.

Man mochte einwenden, dass Olmerts neue Töne zu spät kommen. Schließlich stammen sie aus dem Munde eines Politikers, dessen Amtszeit durch hochgradige Versäumnisse, Hinhaltetaktiken, Verwirrspiele und überflüssigerweise durch schwere

Korruptionsvorwürfe gekennzeichnet sind – die schlimmste Regierung, die Israel je hatte, ist beklagt worden. Solchen Einwänden und Vorhaltungen ist zuzustimmen, und doch ändern sie wenig am Zwang zur Neuordnung der israelischen Politik. Seine alltägliche Taktik der Friedensrhetorik ohne eine kohärente Strategie für eine Friedenspolitik hat sich selbst erledigt.

Dass die Delegationen der internationalen „Berliner Konferenz zur Unterstützung der palästinensischen zivilen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit“ Ende Juni 2008 darauf gedrungen haben, die vereinbarten Hilfen nicht zur Verschärfung der innerpalästinensischen Konfrontation einsetzen zu lassen, ist nicht bekannt geworden. Nachdem der saudi-arabische Friedensplan von 2002/2007 endlich auch in Israel auf politisches Interesse gestoßen ist, hätten Europa und die Bundesregierung allen Grund, im Nahen Osten nicht den Eindruck des Schlusslichts zu hinterlassen. Doch nachdem die EU-Außenminister die Aufwertung der Beziehungen zu Israel im Juni 2008 beschlossen und diesen Aktionsplan für den Nahen Osten fünf Monate später auf Drängen Livnis über Nacht fallengelassen haben¹⁵, ist schwer vorstellbar, wie sie sich stärker als bisher in den diplomatischen Prozess einschalten wollen. Ihre politische Glaubwürdigkeit droht gegen Null zu tendieren.

Wäre es anders, bedürfte es nicht mehr, als Olmerts späte Einsichten beim Wort zu nehmen – und ihn daran zu erinnern, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Sommer 2004 die Trennungsmauern auf palästinensischem Boden als illegal kritisierte und damit auch Olmerts Ankündigung vom Dezember 2008 rechtlich in die Schranken wies, den Mauerbau um Groß-Jerusalem herum bis Ende kommenden Jahres zu vollenden¹⁶. Warum die europäische Einhelligkeit im Konflikt mit Russland wegen dessen Militärintervention in Georgien als Modell nicht auf den Nahen Osten übertragen wird, ist kaum vermittelbar. Wenn schon im Nahen Osten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht möglich ist, wäre die Idee von den zwei Geschwindigkeiten wiederzubeleben, die

Joschka Fischer mit dem Vorschlag einer „Avantgarde aus einigen Staaten“ erneuert hat¹⁷. Die wichtigste Lektion aus Oslo, hat dazu Robert Malley bilanziert, sei also die zu wissen, wohin man wolle, und dann dabei zu bleiben¹⁸.

Indem Benjamin Netanyahu bei der Begegnung mit den in Israel stationierten europäischen Botschaftern die Frage nach der Stationierung einer internationalen Truppe mit der Gegenfrage nach der Bereitschaft testete, Soldaten in den Kampf gegen „ Hamas“ zu schicken¹⁹, nahm der Oppositionsführer eine seit dem Junikrieg 1967 in völkerrechtlichen Diskussionen Israels verbreitete These auf, wonach zumindest die Westbank „umstrittenes Territorium“ sei, wenn nicht gar alle historischen und politischen Vorrechte bei Israel liegen würden²⁰. Der israelische Völkerrechtler Eyal Benvenisti hat darauf hingewiesen, dass Israel niemals *de jure* die Vierte Genfer Konvention als auf die palästinensischen Gebiete übertragbar anerkannt hat, weil ihr Artikel 2 nur die Besetzung eines Territoriums einer Hohen Vertragspartei im Auge habe, zu der weder Jordanien (einseitige Annexion der Westbank 1950) noch der Gazastreifen (Etablierung einer Militärverwaltung 1949 durch Ägypten) gerechnet wurden. Im Übrigen handele es sich bei der Konvention um ein Vertrags- und nicht um ein Gewohnheitsrecht, so dass sie vor israelischen Gerichten nicht angerufen werden könne²¹. Diesem Verständnis ist Washington insofern gefolgt, als die USA die Siedlungen zunächst als illegal bezeichneten, dann dazu übergingen, sie als Hindernis auf dem Weg zum Frieden zu kritisieren, bevor sie sich faktisch nur gegen ihre Erweiterung aussprachen²².

Die „American connection“

Der „Kadima“-Vorsitzenden ist nicht entgangen, dass es unter den amerikanischen Juden gärt. 76 Prozent der amerikanischen Juden verlangen von Israel, dass es mit „seinen schlimmsten Feinden“

verhandeln solle, 59 Prozent befürworten den Rückzug aus den palästinensischen Gebieten und 58 Prozent den Verzicht auf die Golanhöhen²³.

Die sogenannte jüdische Lobby um das „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) sieht sich durch Gruppen wie das „Israel Policy Forum“, den „New Israel Fund“, „Brit Tzedek v'Shalom“ und „J Street“, die im Verlauf von 2008 viele zehntausend Anhänger gewann, sowie durch Persönlichkeiten wie Daniel C. Kurtzer, Aaron David Miller, Robert Malley, Martin Indyk, Dennis Ross, Seymour D. Reich und Richard N. Haass, um nur die wichtigsten zu nennen²⁴, politisch herausgefordert. In einem Beitrag für die „New York Times“ fasste Miller das Unbehagen in die Sätze: „We've allowed our special relationship with Israel to become exclusive. We acquiesced in too many Israeli ideas; we road-tested every idea with Israel first²⁵.“

„Haaretz“ leitender Redakteur Akiva Eldar wies am Tage der Amtseinführung des 44. US-Präsidenten darauf hin, dass Barack Obama von jüdischen Beratern umgeben sei, die mit den israelischen Tricks hinhaltenden Taktiken wohl vertraut seien und gleichwohl in der Tradition der „besonderen Beziehungen“ stehen, während einer der führenden außenpolitischen Strategien, Brent Scowcroft, sie in eine „natürliche Beziehung“ umwandeln wolle²⁶. Einen ersten Beitrag dazu hatte Walter Russell Mead vom „Council on Foreign Relations“ versucht, als er die hoch emotionalisierte Kritik an dem Buch von John F. Mearsheimer und Stephen M. Walt „The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy“ (New York 2007) – das freundlichste Urteil bescheinigte den beiden, dass sie keine Antisemiten seien²⁷ – mit dem Hinweis abzuwehren versuchte, dass beide Autoren einen wichtigen Punkt aufgegriffen hätten, der bislang nicht die verdiente Aufmerksamkeit gefunden habe: Sie hätten bewunderungswürdig und mutig damit begonnen, eine überfällige Konversation zu einer kontroversen und leicht entzündlichen

Angelegenheit in Gang zu setzen, auch wenn sie die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten allzu schlicht betrachten würden²⁸.

Tatsächlich leidet die Datenbasis ihrer Thesen darunter, dass Gespräche mit dem im politischen Entscheidungszentrum agierenden Establishment in Washington weitgehend unterblieben sind²⁹. Noam Chomsky hat denn auch kritisiert, dass die Autoren ihre These mit höchst selektiven Belegen begründet hätten³⁰. Dass es die Israel-Lobby gar nicht gäbe, wie Michael Walzer behauptet³¹, ist allerdings lächerlich. Mearsheimer und Walt berichten, dass die damalige Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice den Vertrauten von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, Unterstaatssekretär Douglas J. Feith, mit den spitzen Worten zurechtgewiesen habe, wenn sie die israelische Position kennenlernen wolle, werde sie den Botschafter Israels einladen³².

Aber es waren jüdische Autoren selbst, die Ansätze einer „Jewish glasnost“ in der Beurteilung der Politik Israels zu entdecken glaubten³³. Daran werden auch jene „Wachhunde“ (bestehend aus Organisationen wie AIPAC, evangelikalen Christen, sympathisierenden Journalisten³⁴ und neokonservativen Akademikern) nichts ändern, die dafür sorgen wollten, dass sich Barack Obama von dem Buch – das er nicht gelesen hatte – während des Wahlkampfes um seine Nominierung distanzierte³⁵. „Wir haben es mit Juden um den nächsten Präsidenten zu tun“, lautet eine nicht unbegründete israelische Befürchtung, „die sehr, sehr die gesamte Siedlungspolitik Israels in Judäa und Samaria ablehnen³⁶.“ Ihnen ist die Überzeugung gemeinsam, dass sich die Befolgung doppelter politisch-ethischer Maßstäbe für die Bewertung des jüdischen Lebens in Israel und in der sogenannten Diaspora verheerend ausgewirkt hat. Noch halten die administrativen Eliten in Washington ihre schützende Hand über die Politik des jüdischen Staates. Aber das Zeitalter des unilateral forcierten amerikanischen Vormachtanspruchs geht zu Ende.

Gewachsenes palästinensisches Selbstbewusstsein von unten

Für die Palästinenser geht es längst nicht mehr um kosmetische Korrekturen wie die Erweiterung der Bewegungsfreiheit für Personen und Waren, die Verringerung der Kontrollposten und Straßensperren, den Rückbau von Teilen der Trennungswauern und Todesstreifen sowie den freien Zugang zur Altstadt von Jerusalem und Hebron sowie zu den Fischgründen vor der Küste des Gazastreifens. Das politische Selbstbewusstsein ist – so paradox es klingen mag – aus den bitteren Erfahrungen der Okkupation herausgewachsen. Nachdem israelische Intellektuelle und Autoren nach dem Scheitern von Camp David und dem Ausbruch der zweiten „Intifada“ den Dialog abbrachen, weil die Gegenseite politisch unbelehrbar sei, sind es nunmehr die Palästinenser, die dazu aufrufen, ausführliche Kontakte nach Israel abubrechen. „Mit einem Wort“, fasste die „Palestine Strategy Study Group“ ihre Empfehlungen zusammen: „Israel ist kein ernsthafter Verhandlungspartner³⁷.“ Nur noch reichlich die Hälfte aller Palästinenser befürwortet die Fortsetzung der Verhandlungen. Mittlerweile ergreift die tiefe Frustration auch die palästinensischen Staatsbürger Israels, wie das Beispiel der Unruhen in Akko zeigt. Eine im Auftrag der Universität Haifa durchgeführte Meinungsumfrage unter Leitung des renommierten Soziologen Sami Smooha ergab im Frühjahr 2009, dass 41 Prozent das Recht Israels als jüdischen Staat ablehnen und fast dieselbe Zahl davon überzeugt ist, dass es keinen Holocaust gegeben habe³⁸.

Für Machmud Abbas hat sich das jahrelange „piecemeal engineering“ erledigt, weil am Ende kein „peacemeal“ stand, ja es verhindert hat³⁹. Persönlich erschwerend für Abbas kommt hinzu, dass sich das öffentliche Misstrauen gegen ihn und seinen Ministerpräsidenten Salam Fayyad an der beiden widerstrebenden Kontinuität der Erbschaft Arafats festgebissen hat⁴⁰. Auch „Hammas“ setze, so ist beklagt worden, die Sicherheitsapparate nicht nur zur

Bekämpfung der Kriminalität ein, sondern unterdrücke brutal politische Gegner und beschränke die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen⁴¹, und Tony Blair hat „sehr deutlich“ verlangt, dass Israel und die kommende US-Administration ihre Politik gegenüber dem Gazastreifen ändern müssten, auch weil es „Hamas“ gelungen sei, die „legitime“ durch eine „illegitime Wirtschaft“ zu ersetzen, die sich durch die rund 850 Tunnelanlagen mit ausreichend Geld versorge. Wenn sich der Nahostgesandte des „Quartetts“ gleichzeitig dafür ausspricht, dass der politische Prozess ohne die Unterstützung von unten nicht erfolgreich sein werde⁴², weiß er sich mit Fayyad einig, eine Haltung des eigenen Nichtstuns als Defätismus kritisiert hat:

„When [the occupation is] viewed this way, it becomes clear that the greatest obstacle that has prevented us, Palestinians, from achieving our national goals was not occupation per se or factionalism, not poverty or separation, but that deadly erosion of self-esteem and consequent loss of faith in our capacity to get things done⁴³.“

Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine politische Kraft, an der weder die israelische Regierung noch die Palästinensische Autonomiebehörde vorbeikommen. Aber die Allianz zwischen „Hamas“ und Achmadinedjads Iran ist ebenso wenig unverbrüchlich wie das Bündnis zwischen Teheran und der libanesischen „Hisbollah“. Ismail Haniyeh hat gegenüber europäischen Parlamentariern die Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967 im Austausch für die Schaffung des Staates Palästina angeboten. Mit dem Einzug Obamas ins Weiße Haus verändere sich die ganze Welt einschließlich des Nahen Ostens, schrieb „Haaretz“ in einer Grußbotschaft an den neuen US-Präsidenten⁴⁴. Wenn die Regierenden in der Region klug sind, lassen sie sich von dieser Dynamik anstecken.

¹ Mr. Olmert': Belated Truth, in „The New York Times“ 15.10.2008.

² Ghassan Khatib: Talking one way, walking the other, in „bitterlemons“ 23.03.2009.

³ Address of Prime Minister Olmert at the State Memorial Ceremony for Yitzhak Rabin, 10 November 2008. Vgl. die englische Übersetzung der Ansprache am 10.11.2008 in der Zeitleiste „Chronologie“ dieser Homepage. Außerdem Gershon Baskin: Encountering Peace. The emerging bi-national reality, in „The Jerusalem Post“ 15.12.2009. Baskin, ein langjähriger Befürworter der Zweistaatenregelung und neben Hanna Siniora Leiter des „Israel/Palestine Center for Research and Information (IPCRI)“ in Jerusalem, meldet seine Besorgnis an, dass das von Israel für die Siedler geschaffene Infrastruktursystem in der Westbank und in Jerusalem auf den jüdisch-arabischen Staat zulaufe. Ein Großteil der Siedler werde sich gegen die Auflösung ihrer Wohnorte wehren, und jene palästinensischen Intellektuellen, die im Rahmen ihrer Nationalbewegung für die Zweistaatenregelung gekämpft hätten, würden sich heute dem binationalen Plan im Wissen anschließen, dass er mit noch mehr Kampf und Blutvergießen verbunden sein werde.

⁴ War and Peace Index, October 2008, ed. by the Tami Steinmetz Center for Peace Research, Tel Aviv University.

⁵ Attorney-General: Olmert can continue negotiating with Syria, in „The Jerusalem Post“ 02.11.2008.

⁶ Roni Sofer: Olmert: Israel's problems won't wait for new US president, in „ynetnews“ [Internet-Portal von „Yediot Acharonot“] 04.11.2008.

⁷ Nachum Barnea und Shimon Shamir: „Was ich euch sage, hat noch kein israelischer Führer vor mir gesagt: Es ist notwendig, sich aus fast allen Gebieten zurückzuziehen, auch aus Ost-Jerusalem, auch von den Golanhöhen“, in Wochenbeilage zu „Yediot Acharonot“ 28.09.2008, S. 3 ff. (Hebr.).

⁸ Vgl. dazu Tom Segev: 1967. Israels zweite Geburt. München 2007, S. 368. Segev berichtet dort, dass am Vorabend des 6-Tage-Krieges der noch immer im Hintergrund wirkende David Ben-Gurion nicht zum ersten Mal befürchtet habe, dass sich die Streitkräfte die Kontrolle über den Staat verschaffen könnten.

⁹ Zeev Maoz: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. Ann Arbor 2006. Eine Rezension des Buches findet sich in dieser Homepage. Am 5. Oktober erklärte Livni in einer Ansprache vor israelischen und ausländischen Diplomaten und Politikern – unter ihnen Joschka Fischer – in Jerusalem, dass das „beinahe vollständige Monopol des militärischen Establishments gebrochen werden (muss), Empfehlungen für das Kabinett und das Sicherheitskabinett zu entwerfen“: Barak Ravid: Livni to give first foreign-policy speech since Kadima win, in „Haaretz“ 05.10.2008.

¹⁰ Yossi Alpher: What Oslo didn't teach us, in „bitterlemons“ # 36, 15 September 2008.

¹¹ Dan Wischnitzer: Die Barriere – Annexion geht vor Sicherheit. Rundbrief vom 01.07.2008. Der Autor lebt im Moshav Avigdor nahe bei Ashkelon. Zwischen 1960 und 1992 war er hauptamtlicher Mitarbeiter von „Mapam“, davon die letzten zehn Jahre als Sekretär des „Israel Peace Committee“. Der vollständige Artikel ist in der Menüleiste „Berichte aus Israel und Palästina“ dieser Homepage verfügbar.

¹² Vgl. Akiva Eldar: A talker, not a doer, in „Haaretz“ 11.12.2008. Darin berichtet der Autor, dass es bei Anklagen gegen Israelis, denen Straftaten gegen Palästinenser vorgehalten werden, nur in acht Prozent der Fälle zu Verurteilungen komme. Deshalb sei es nicht verwunderlich, dass die Sicherheitskräfte gegen die randalierenden Siedler im Tel Rumeida-Viertel von Hebron, wo ein palästinensisches Haus besetzt wurde, trotz einer Anweisung des Obersten Gerichts nur zögerlich einschreiten würden. Eldar beschuldigt Mazouz, nicht hinreichend für Rechtssicherheit gesorgt zu haben.

-
- ¹³ Schwere Vorwürfe an die Adresse der Siedler, die gegen israelische Soldaten mit Gewalt vorgehen, erhob der Chef des Zentralabschnitts (gemeint ist die Westbank) General Gadi Shamni im Interview mit „Haaretz“: Amos Harel: IDF West Bank commander: Rightist violence encouraged by settler leaders, in „Haaretz“ 02.10.2008. In der Kabinettsitzung am 26.10.2008 sah sich der amtierende Ministerpräsident genötigt, mit der Gewalttätigkeit von Siedlern in der Westbank gegen israelische Soldaten abzurechnen, und forderte die Behörden auf, sie zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen.
- ¹⁴ Yagil Levy: The IDF is disintegrating, in „Haaretz“ 05.11.2008. Der Autor lehrt Politische Soziologie und ist Autor des in hebräischer Sprache erschienenen Buches „Von der Armee des Volkes zur Armee der Peripherien“.
- ¹⁵ Barak Ravid: EU votes to upgrade Israel relations despite Arab lobbying, in „Haaretz“ 09.12.2008. Vgl. dazu die Eintragungen am 30.11.2008 und am 09.12.2008 in der Zeitleiste „Chronologie“ dieser Homepage.
- ¹⁶ Olmert orders Jerusalem-area separation fence built by 2010, in „Haaretz“ 23.12.2008. Nach offiziellen Angaben sind bereits zwei Drittel fertiggestellt.
- ¹⁷ Joschka Fischer: „Ein Projekt der Selbstschwächung“ (Interview), in „Der Spiegel“ 20.12.2008, S. 24 ff.
- ¹⁸ Lessons of Arab-Israeli Negotiating: Four Negotiators Look Back and Ahead, a.a.O.
- ¹⁹ Barak Ravid: Benjamin Netanyahu zu den EU-Botschaftern: Ich bin nicht an der Fortsetzung der Herrschaft über das Leben der Palästinenser interessiert, in „Haaretz“-Internet 11.12.2008 (Hebr.).
- ²⁰ Der „Erfinder“ dieser These ist der Völkerrechtler Yehuda Z. Blum mit einem Beitrag in der „Israel Law Review“ von 1968. Als UN-Botschafter erklärte er am 11.6.1979 anlässlich des „Louis D. Brandeis Award Dinner of the Zionist Organization of America“ in Washington, D.C.: „A corollary of the inalienable right of the Jewish people to its Land is the right to live in any part of Eretz Yisrael, including Judea and Samaria which are an integral part of Eretz Yisrael. Jews are not foreigners anywhere in the Land of Israel. Anyone who asserts that it is illegal for a Jew to live in Judea and Samaria just because he is a Jew, is in fact advocating a concept that is disturbingly reminiscent of the ‘Judenrein’ policies of Nazi Germany banning Jews from certain spheres of life for no other reasons than that they were Jews. The Jewish villages in Judea, Samaria and the Gaza district are there as of right and are there to stay.“ Blums Überlegungen folgten u.a. Yoram Dinstein, Meir Shamgar und Shabtai Rosenne. Vgl. Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006, S. 60. Außerdem: Israel Ministry of Foreign Affairs: Israeli Settlements and International Law, 20 May 2001: „Politically, the West Bank and Gaza Strip is best regarded as territory over which there are competing claims which should be resolved in peace process negotiations. Israel has valid claims to title in this territory based not only on its historic and religious connection to the land, and its recognized security needs, but also on the fact that the territory was not under sovereignty of any state and came under Israeli control in a war of self-defense, imposed upon Israel.“ Die Londoner Zeitung „Independent“ meldete am 20.12.2008, dass sich der frühere Vorsitzende des Außen- und Sicherheitspolitischen Ausschusses der Knesset, Yuval Steinitz („Likud“), gegen eine Warnung auf der Website des britischen Foreign Office verwahrt habe. Darin werden britische Staatsbürger vor dem Erwerb von Eigentum in der Westbank, in Ost-Jerusalem und auf den Golanhöhen gewarnt. Künftige Friedensvereinbarungen zwischen Israel, den Palästinensern und Syrien könnten das Eigentum gefährden. Steinitz forderte das Foreign Office auf, die Empfehlung zu tilgen. Sie gehöre nicht zu den Aufgaben Großbritanniens. „Wenn Israel boykottiert wird, muss man sich fragen, ob es sich nicht um impliziten Antisemitismus handelt. Warten wir es ab, ob

die britische Regierung Produkte aus China boykottiert, weil es dort keine Demokratie gibt, bevor sie sich an Israel wendet.“ Nach einer Meldung von „Haaretz“ am 23.12.2008 soll die britische Warnung ab Anfang Januar 2009 gelten. Vgl. dazu die Eintragung am 23.12.2008 in der Zeitleiste „Chronologie“ dieser Homepage. Akiva Eldar machte am 11.05.2009 in „Haaretz“ auf eine neue Umfrage aufmerksam, wonach 53 Prozent der Israelis die Westbank als befreites und nur eine Minderheit sie als besetztes Gebiet betrachten würden.

²¹ Eyal Benvenisti: The International Occupation of the Golan Heights, the West Bank, and Sinai, in ders.: The International Law of Occupation. Princeton and Oxford 1993, S. 107 ff.

²² Lessons of Arab-Israeli Negotiating: Four Negotiators [Martin Indyk, Robert Malley, Aaron David Miller und Dennis Ross] Look Back and Ahead. „Middle East Institute“, Transcript April 25, 2005, p. 30. Das Papier zitierte einen Besucher der Veranstaltung. Diese Behauptung wurde implizit von George W. Bush am 24.6.2002 bestätigt, als er sich auf die Forderung beschränkte: „As we make progress towards security, Israel forces need to withdraw fully to positions they held prior to September 28, 2000.“ (President Bush Calls for New Palestinian Leadership, June 24, 2002.)

²³ Welcoming a new Jewish voice, in „Haaretz“ 14.11.2008. Der Kommentar zitierte aus einer Umfrage von „J Street“.

²⁴ Näheres in meinem Beitrag „Our Middle East“ in den Menüleisten „Veröffentlichungen“ und „Rezensionen“ dieser Homepage. Außerdem Kapitel IV meines Buches „Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten“ (Berlin 2000).

²⁵ Mark Landler: Much Advice Offered to Clinton on Mideast, in „The New York Times“ 19.01.2009. Vgl. James D. Besser: Mitchell As Envoy Could Split Center, in „The Jewish Week“ (New York), 21.01.2009. Der Autor zitiert den Direktor der „Anti-Defamation League“ Abraham Foxman, der nach der Ernennung von George J. Mitchell zum Sonderbotschafter Barack Obamas befürchtet, dass sich die US-amerikanische Nahostpolitik auf einen neuen Kurs der „Ausgewogenheit“ einpendeln könnte.

²⁶ Akiva Eldar: As Obama is sworn in, Israelis and Palestinians will be thinking ‘no we can’t, in „Haaretz“ 20.01.2009.

²⁷ Daniel Lazare: Lobbying Degree Zero, in „The Nation“ 04.10.2007. Ebenfalls Dimitri K. Simes, Geoffrey Kemp, Stefan Halper and Ben Fishman: Inside Track: The Reviews Are In, in „The National Interest“ 27.08.2007; Eric Alterman: AIPAC’s Complaint, in „The Nation“ 01.05.2007, und Glenn Frankel: A Beautiful Friendship?, in „Washington Post“ 16.07.2006: „Walt and Mearsheimer ... say the vituperative critical reaction merely affirms one of their key points: that the Israel lobby is a sacred cow and anyone who dares criticize it runs the risk of being branded an anti-Semite.“ In diesem Sinne verstieg sich der Direktor der „Anti-Defamation League (ADL)“ Abraham Foxman zu der Behauptung, Mearsheimer und Walt würden „tödlichste Lügen“ verbreiten.

²⁸ Walter Russell Mead: Jerusalem Syndrome. Decoding *The Israel Lobby*, in „Foreign Affairs“ November/December 2007, pp. 160.

²⁹ Vgl. Mearsheimer/Walt: The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy, in „London Review of Books“ 28 / 23.03.2006. Dort zählen die Autoren israelische Wissenschaftler und Journalisten, israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie Angehörige der „Lobby“ und Aussagen von nicht näher bezeichneten Politikern zu ihren Quellen.

³⁰ Noam Chomsky: The Israel Lobby?, in „ZNet“ 28.03.2006.

